Rechtsextremismus in der Bundeswehr

Fragen von GWP an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages *Dr. Hans-Peter Bartels*

GWP: Herr Dr. Bartels, die politische Bildung steht auch und besonders in der Schule vor dem Problem zunehmender rechtsextremer Auffassungen und Äußerungen von Schülerinnen und Schüler. Die Bundeswehr wirbt intensiv um junge Menschen und wird von daher mit großer Aufmerksamkeit betrachtet.

Nachdem in den vergangenen Jahren immer wieder über Fälle rechtsradikaler Umtriebe bei Bundeswehrangehörigen berichtet wurde, beauftragte der Deutsche Bundestag den Militärischen Abschirmdienst (MAD) mit genaueren Nachforschungen. Kürzlich erklärte der Präsident des Dienstes, Christof Gramm, in der „Welt am Sonntag", dass sein Amt rund 550 Verdachtsfällen von Rechtsextremismus in der Bundeswehr nachgehe.

Sie, Herr Dr. Bartels, sind der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Auf der Internetseite des Bundestages heißt es:

„Der Wehrbeauftragte wird nach Artikel 45b Grundgesetz als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte berufen. Zu seinen Kernaufgaben gehört ferner, über die Wahrung der Grundrechte der Soldatinnen und Soldaten sowie über die Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung zu wachen."

Auf die folgenden Fragen wünschen wir uns von Ihnen klärende Antworten zum Komplex rechtsextremer Umtriebe in der Bundeswehr: Wie hat man sich die Vorfälle vorzustellen? Können Sie uns Beispiele für diese „rechtsextremen Umtriebe" geben?

Hans-Peter Bartels
Wehrbeautragter des Deutschen Bundestages

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 69. Jahrg., Heft 1/2020, S. 5-8 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v69i1.01

Bartels: Gemeldet werden Vorfälle wie das Abspielen indizierter rechtsextremer Musik, das Zeigen des Hitlergrußes, Nazi-Symbole als Tätowierungen, aber auch rassistische oder antisemitische Pöbeleien. Meist sind es Kameraden, die das auf dem Dienstweg melden. 2019 gab es 200 solcher Meldungen. Dazu kommen Erkenntnisse des MAD aus den obligatorischen Sicherheitsüberprüfungen oder anderen Hinweisquellen. Man ist da inzwischen, glaube ich, sensibler geworden, vielleicht auch durch den bizarren Fall des terrorverdächtigen Oberleutnants Franco A. im Jahr 2017.

GWP: Die Zahl von 550 Verdachtsfällen ist groß, das könnten 2 Kompanien sein. Wie sehen Sie diesen Befund in seiner Größenordnung? Wie werden Verdachtsfälle untersucht, mit welchem Verfahren?

Bartels: Jedem Verdachtsfall ist nachzugehen. Manchmal ist auch nichts dran. Andernfalls aber wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet, entweder geführt durch den Disziplinarvorgesetzten oder durch den Wehrdisziplinaranwalt vor dem Truppendienstgericht. Gegebenenfalls hat das auch noch ein Nachspiel vor der zivilen Gerichtsbarkeit. 45 Soldaten wurden im vergangenen Jahr wegen rechtsextremistischer Auffälligkeiten aus den Streitkräften entlassen. Bei insgesamt gut 180.000 Soldatinnen und Soldaten reden wir hier über vergleichsweise kleine Zahlen. Aber jeder einzelne Fall schadet dem Ansehen der Bundeswehr und ist im übrigen auch der großen Mehrheit der demokratischen Kameraden, die angetreten sind, um Recht und Freiheit zu verteidigen, nicht zuzumuten.

GWP: Kann man sagen, dass es sich hier um Einzelfälle handelt, oder muss man von einer Spitze eines Eisbergs oder gar von Netzwerken ausgehen? Steht also die Bundeswehr unter dem Pauschalverdacht, rechtsradikal unterwandert zu sein?

Bartels: Ich habe keine eigenen Erkenntnisse über „Netzwerke". Als Wehrbeauftragter arbeite ich nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln, wie der MAD das tut. Doch man sollte immer damit rechnen, dass einzelne Fälle nicht notwendigerweise für sich allein stehen – man muss aufpassen! MAD und Verfassungsschutz müssen sich austauschen, auch wenn es etwa um entsprechende Erkenntnisse bei Reservisten geht. Daran wird jetzt stärker gearbeitet als in der Vergangenheit. Ein Pauschalverdacht aber wäre gänzlich daneben!

GWP: Wenn es sich aber um Einzelfälle handelt: Lassen sich die Fälle irgendwie typisieren? Handelt es sich um Offiziere, deren Einstellungsvoraussetzung ja Hochschulreife ist, oder um Mannschaften?

Bartels: „Fälle" registrieren wir in allen Dienstgradgruppen. Und auch viele Mannschaften haben übrigens Abitur.

GWP: Besonders betroffen ist die Truppe KSK. Kann man die Vorfälle psychologisch/soziologisch typisieren?

Bartels: Der MAD sagt, er untersucht beim Kommando Spezialkräfte gegenwärtig überproportional viele Fälle. Das könnte, wenn ich eine persönliche Theorie wagen sollte, daran liegen, dass in einem Umfeld, wo schon die Auswahlprüfung extrem hart war und wo dann weiter daran gearbeitet wird, dass die Kommandosoldaten zu den Härtesten der Harten werden, einzelne glauben, sie müssten sich auch politisch das denkbar „Härteste" suchen – und landen dann beim Nazi-Wahnsinn. Wohlgemerkt: einzelne. Die ganze Truppe leidet im Moment ziemlich unter deren Verfehlungen. Aber ich will auch sagen: Wenn man so eine Härteausbildung verlangt, dann dürfte man schon konzeptionell darauf kommen, dass damit mentale Gefährdungen verbunden sein können! Die sollte man schon während der Ausbildung aktiv thematisieren. Jetzt wird es wohl tatsächlich in diese Richtung gehen. Ich unterstütze das.

GWP: Spielen Fragen der (falsch verstandenen) Tradition eine Rolle? Gibt es Mängel bei der Inneren Führung?

Bartels: Verglichen mit den 50er, 60er und 70er Jahren spielt die Geschichte der Wehrmacht des Dritten Reichs heute fast keine Rolle mehr. Damals pflegten kriegsgediente Offiziere und Unteroffiziere mancherorts noch sehr offen die Tradition ehemaliger Wehrmachtstruppenteile. Kasernen hießen nach Nazi-Generalen, und die neuen Grundsätze der „Inneren Führung" und des „Staatsbürgers in Uniform" wurden von manchen Vorgesetzten als unmilitärisch bekämpft. Dieser Kampf ist inzwischen längst entschieden: Soldatinnen und Soldaten nehmen mit großer Selbstverständlichkeit ihre demokratischen Rechte wahr, wählen Vertrauensleute und Personalräte, engagieren sich in ihrer Soldatengewerkschaft oder in der Kirchengemeinde, kandidieren für Kommunalparlamente oder für den Bundestag. Sie beschweren sich über Missstände bei ihren Vorgesetzten oder beim Wehrbeauftragten. Die Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie für die Demokratie, eine Armee, in der selbst demokratische Grundsätze gelten und gelebt werden. Mit dieser Bundeswehr haben wir Deutsche wirklich Glück – im Vergleich zu anderen Epochen unserer Geschichte. Aber nichts ist perfekt. Was wir in unserer Gesamtgesellschaft beobachten, werden wir meist so oder so, mehr oder weniger auch in der Bundeswehr finden.

GWP: Wie steht es um die politische Bildung in der Bundeswehr? Wer ist dafür zuständig? Wie und wo findet politische Bildung konkret statt?

Bartels: Jede Soldatin, jeder Soldat hat vom ersten Tag des Dienstes an bis zum Ausscheiden Anspruch auf ethische Bildung, historische Bildung und politische Bildung. Denn Innere Führung bedeutet, dass unsere Soldatinnen und Soldaten nicht nur wissen, *wie* sie kämpfen müssen, sondern auch, *wofür*: für Recht und Freiheit. Und dafür müssen sie auch kämpfen *wollen*! Deshalb zum Beispiel haben Rechtsextremisten, so-

genannte Reichsbürger oder auch Islamisten nichts in der Bundeswehr zu suchen. Unsere Soldaten müssen Demokraten sein! Die Stunden für Diskussion und Unterricht finden entweder in der Kaserne statt, dann sind – mehr oder weniger liebevoll vorbereitet – Vorgesetzte in der Regel die Durchführenden. Oder es gibt Seminare und Fahrten in Kooperation mit Bildungsträgern. Auch im Bundestag und bei mir im Amt des Wehrbeauftragten kommen regelmäßig Soldatengruppen vorbei. Aber natürlich wäre immer noch mehr denkbar und möglich.

GWP: Welche Maßnahmen werden von den Zuständigen getroffen, um rechtsradikalem Verhalten durch Aufklärung entgegenzutreten?

Bartels: Bildung und Erziehung gehören zu den elementaren Vorgesetztenaufgaben. Das Zentrum Innere Führung in Koblenz bietet dafür Kurse und Materialien an. Vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften in Potsdam kommen hilfreiche Geschichtsbücher. Und das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften in Hamburg liefert Hilfen für den Ethikunterricht, in dem sich auch die 200 Militärgeistlichen beider Konfessionen besonders engagieren, demnächst zusätzlich die neue jüdische Militärseelsorge und bald hoffentlich auch Militärimame.

GWP: Sehen Sie eine Gefahr für die Bundeswehr und für die Gesellschaft in den erkannten Vorgängen? Was würde drohen, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen würden?

Bartels: Weil immer damit zu rechnen ist, dass Extremisten ins Militär streben, sei es wegen der Waffenausbildung, sei es, weil sie alles Militärische attraktiv finden, bleibt Wachsamkeit geboten. Das war bei Gründung der Bundeswehr so, das ist so in den Armeen anderer Nationen, diese Dauergefahr wird unsere Streitkräfte auch in Zukunft begleiten. Deshalb muss der Militärische Abschirmdienst professionell diejenigen aufspüren, die nicht Soldaten sein dürfen. Und alle Soldaten müssen darauf achten, dass extremistische Verhaltensweisen thematisiert und gemeldet werden. Weghören und wegschauen wäre falsch verstandene Kameradschaft. Hinschauen und melden ist eine Frage der Ehre. Innere Führung – als Ergänzung zur äußeren Führung, zum Befehlsgehorsam, der niemals mehr absolute Geltung beanspruchen darf – bedeutet, einen inneren Maßstab zu haben für Gut und Böse, für Richtig und Falsch, für Recht und Unrecht. Jede Soldatin und jeder Soldat muss solch einen Maßstab in sich tragen, weil jeder einzelne von ihnen persönlich unsere letzte Garantie dafür ist, dass deutsches Militär nie wieder der Barbarei dient.